



arbeitsgemeinschaft der gemeindlichen jugendarbeit in bayern e.V

Positionspapier

Inklusion

Zustandsbeschreibung mit aktuellen Herausforderungen

Gemeindejugendpfleger:innen sind pädagogische Fachkräfte, die planende, initiiierende, koordinierende und unterstützende Tätigkeiten in der Jugendarbeit einer Gemeinde übernehmen. Sie sind die zentralen Ansprechpartner:innen für Fragen und Aufgaben der Jugendarbeit in der Gemeinde.

Eine Aufgabe der Gemeinde- und Stadtjugendpflege in Bayern ist es die Bedürfnisse der jungen Menschen, der ehrenamtlichen- und hauptamtlich Tätigen der Jugendarbeit, der Politik sowie der Bevölkerung wahrzunehmen.

Hier gilt die Unterstützung der Fachkräfte allen jungen Menschen, besonders aber denjenigen, welche von Benachteiligungen betroffen oder bedroht sind.

Sie unterstützen und ermöglichen die Willenserkundung, Artikulation von Bedürfnissen und das Finden gemeinsamer Lösungsansätze zur Bewältigung individueller sowie sozialräumlicher Herausforderungen. Durch das Instrument der Partizipation (Beteiligung) kann es zudem gelingen, entsprechende Zielgruppen zu befähigen ihren Lebensraum aktiv mitzugestalten. Dies ist ein wesentlicher Aspekt der Selbstbestimmung von Menschen mit und ohne Behinderung und wichtiger Baustein in der Gestaltung zukunftsfähiger Kommunen.

Sie nimmt alle jungen Menschen im Sozialraum in den Blick und tut dies mit einer diversitätsbewussten Perspektive, unabhängig von Gender, sexueller Orientierung, Ethnie, kultureller und sozialer Herkunft, Weltanschauung, Glauben, Alter und Körper oder auch intersektionaler (gleichzeitiger) Betroffenheit von Diskriminierung. Dies umfasst ebenso körperliche Behinderung, wie auch chronische Erkrankung.

Ein zentrales Anliegen ist zudem die Schaffung von gewalt- und diskriminierungsfreien Schutzräumen für junge Menschen.

Die Jugendpflege in Bayern ist durch die Heterogenität des Arbeitsfelds in Bezug auf die Größe der Kommunen, personeller und finanzieller Ressourcen, Trägerkonstruktionen, sowie Tätigkeitsprofilen geprägt. Sie interagiert mit Stakeholdern auf verschiedenen Ebenen und die fachlichen Anforderungen sowie

Aufgaben sind vielfältig. Themen wie Inklusion und Diversity stellen hier eine Herausforderung dar, die sich in allen Bereichen widerspiegeln muss.

Besonders ist hier die -durch die Flächenstruktur des Freistaats bedingte- Vielzahl an mittleren und kleinen Kommunen zu sehen, in welchen die Aufgabe der Jugendpflege oftmals nur mit sehr begrenzten Stundenkontingenten wahrgenommen werden kann.

Hier fehlt es häufig an Ressourcen Inklusion konzeptionell und strukturell in allen Angeboten verankern zu können. Verstärkend wirkt die oft ungenügende, allgemeine Kenntnislage über die aktuelle Situation von jungen Menschen mit Behinderung in der Gemeinde und Kommune.

Die Vernetzung mit Behindertenarbeit ist hier unerlässlich, ebenso wie das Fach- und Systemwissen rund um das Thema Inklusion.

Forderungen

- Fachkräfte sollen für die Belange von Menschen, die strukturell häufiger von Diskriminierung betroffen sind, sensibilisiert werden. Zudem sollen Fachkräfte einen kritischen Blick auf die zu Grunde liegenden Strukturen haben.
- Barrierefreie und diversitätssensible Gestaltung möglichst aller Angebote, Kommunikationsformen und Öffentlichkeitsarbeit.
- Um alle Blickwinkel bewusst einzubeziehen, muss Menschen mit Behinderung in allen Beteiligungsprozessen gezielt Mitgestaltung ermöglicht werden.
- Inklusion und Diversität sollen als strukturell verankerte Basis aller Fachkonzepte der gemeindlichen Jugendarbeit umgesetzt werden. Außerdem muss sich Gemeindejugendpflege für die diesbezügliche Aktualisierung der Konzepte aller im Sozialraum aktiven Akteur:innen der Jugendarbeit einsetzen.
- Bei Fort- und Weiterbildungsaufgaben sind Inklusion und Diversität als Querschnittsaufgaben stets mit zu betrachten. Gleichzeitig müssen die bestehenden Fortbildungsangebote zum Thema Diversität weitergeführt werden und um das Thema Inklusion erweitert werden.
- Ausreichende Ressourcen und Fördermöglichkeiten, um sich theoretisch und praktisch mit Inklusion und Diversität auseinandersetzen zu können, müssen bereitgestellt werden.
- Die intersektorale Infrastruktur auf kommunaler Ebene zur Vernetzung mit Fachkräften aus der Behindertenarbeit soll ausgebaut werden.
- Barrierefreie Zugänge zu allen Jugend-, Veranstaltungs- und Verwaltungsgebäuden müssen zeitnah geschaffen werden.
- Die Kommunen müssen ihrem gesetzlichen Auftrag der flächendeckenden und mittelfristigen (alle 3 – 5 Jahre) Jugendhilfeplanung nachkommen. Im Planungsprozess sind die in den Gemeinden tätigen Fachkräfte, genauso wie Menschen mit Behinderung einzubeziehen.